

II-1483 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 745 /J

1984-05-22

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Mag. Guggenberger, Weinberger,
Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.VW. Tieber
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Bau des Autobahnstückes "Landeck/West - Pians"

Seit nunmehr 7 Jahren bemüht man sich um den Bau des Autobahnstückes "Landeck/West - Pians". Während die formaltechnischen Voraussetzungen durch den Erlaß des Bundesministeriums für Bauten und Technik Zl. 848.512 - III/4-1980 vom 5.2.1981 betreffend den zweibahnigen und den einbahnigen Ausbau gegeben sind, ist die Frage der Finanzierung nach wie vor ungeklärt.

Anfänglich wurde am 28.12.1979 an das Bundesministerium für Bauten und Technik der Antrag gestellt, "die Sonderfinanzierung für den Abschnitt "Zams - Landeck/West" auf den Abschnitt "Landeck/West - Pians" auszuweiten und den Finanzierungsrahmen auf der Basis der bereits bestehenden Vereinbarung um 400 Mio. Schilling zu erweitern". Im April 1981 erklärt sich das Bundesministerium für Finanzen damit einverstanden, daß der Überschuß aus dem 700 Mio. Schilling-Kredit für "Zams - Landeck/West" zum Bau des Abschnittes "Landeck/West - Pians" verwendet wird, daß jedoch für den Finanzierungsmehrbedarf das Land Tirol Kreditkostenzuschüsse entsprechend den Bestimmungen der geltenden Sonderfinanzierungsvereinbarung leisten muß. Im August 1981 sowie im November 1982 ergehen von Seiten des Bundeslandes Tirol an das Finanz- bzw. Bautenministerium Vorschläge, die für den Bau "Zams - Landeck/West" nicht verbrauchten Mittel (160 - 180 Mio. Schilling) zum Bau des Abschnittes "Landeck/West - Pians" zu verwenden, wobei auch die Bereitschaft erklärt wird, die Restfinanzierung zu den

- 2 -

selben Bedingungen wie in der bestehenden Sonderfinanzierungsvereinbarung durchzuführen.

Am 21.12.1982 faßt die Tiroler Landesregierung folgenden Beschluß: "Die zwischen der Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik und dem Bundesminister für Finanzen, und dem Land Tirol abgeschlossene Vereinbarung vom November 1978, betreffend die Finanzierung des Ausbaues des Abschnittes "Zams - Landeck/West" der A 12 Inntal Autobahn, wird in Punkt I. wie folgt ergänzt:

I. Nach den Worten "Zams - Landeck/West der A 12 Inntal Autobahn" ist einzufügen: "und des Abschnittes Landeck/West - Pians". Von seiten des Landes Tirol werden im Jahr 1983 Verhandlungen bezüglich der ungedeckten Restfinanzierung dieses Abschnittes geführt."

In der Zwischenzeit ist das ASFINAG-Gesetz in Kraft getreten. Seither wird in den ressortzuständigen Bundesministerien geprüft, ob die ASFINAG oder die Bundesstraßenverwaltung Tirol mit dem Bau befaßt werden soll.

Schon im Jahre 1981 wurden die Aufschlußbohrungen für die Fundierungen der Objekte durchgeführt. Ebenfalls im April 1981 und anfangs 1982 wurden die Grundeinlösungen in den Gemeinden Grins und Pians bescheidmäßig durchgeführt. Im März 1983 wurde die Rodungsbewilligung bescheidmäßig erteilt.

Unmittelbar nach Klärung der Finanzierungsfrage seitens des Bundes könnte die Ausschreibung für weitere Baulose erfolgen, das heißt, daß mit gewissen Bauarbeiten (z.B. Brücke, Tunnel) noch heuer 1984 begonnen werden könnte. Auch für die Beschäftigungslage im Bezirk Landeck kommt der baldigen Entscheidung der beiden Bundesministerien große Bedeutung zu.

- 3 -

In der so wichtigen Verkehrsachse "Wien-Bregenz" ist das Autobahn-teilstück die einzige Lücke, die zu erheblichen Verkehrsproblemen bereits geführt hat und in der fremdenverkehrs-dichten Zeit zu diesen auch künftig führen muß. Die Sanierung dieses Problems steht im allgemeinen Interesse.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Hindernisse bestehen derzeit seitens Ihres Ressorts den Bau des Autobahn-teilstücks "Landeck/West - Pians" zu beginnen?*
- 2) Welche Bedeutung kommen derzeit noch den Finanzierungsvorschlägen des Landes Tirol zu?*
- 3) Könnte aus der Sicht Ihres Ressorts die Finanzierungsfrage bereits in allernächster Zeit gelöst werden, damit noch im Jahre 1984 die ersten Bauarbeiten auch im Interesse des Arbeitsmarktes begonnen werden?*
- 4) In welcher Höhe werden sich die Kosten des Bundes für die Realisierung des gegenständlichen Projektes belaufen?*